Freie Wähler Dornach

Infoblatt 2/2008

Inhaltsverzeichnis

2 Gemeinderat

6 Bau-/Werk- und Planungskommission (BWPK)

7 Fachkommission Schule

8 Stiftungsrat Alters- und Pflegeheim Wollmatt

9 Verkehrskommission

10 Vormundschafts-/Sozialhilfe- und Asylbewerberkommission

11 Spezialkommission Arbeitsgruppe „Umsetzung Altersleitbild"

12 KELSAG-Kehrichtbeseitigung Laufental-Schwarzbubenland AG

13 Anschluss an die H18

Liebe Dornacherinnen und Dornacher

Passend zum Jahreswechsel wird in diesem Infoblatt in vielen Artikeln Bilanz gezogen. Im Jahr 2009 endet eine Legislatur und eine neue beginnt. Es ist Zeit, zurück zu schauen und still zu betrachten – aber auch neue Pläne zu schmieden, Vorsätze zu fassen um die Herausforderungen des Wahljahrs zu meistern.

Dieses Infoblatt enthält Berichte aus dem Gemeinderat, von der Statthalterin, der Baukommission, der Schulkommission, der Sozialkommission, der Arbeitsgruppe Altersleitbild und der Verkehrskommission. Neben den Rückblicken sind Themen: der H18-Anschluss, die KELSAG, die Presseberichterstattung, die Alterssiedlung und sogar der Kantonsrat.

Am 17. Mai 2009 finden die Gemeinderatswahlen statt. Wir suchen wieder Kandidierende für den Gemeinderat und für manche Vakanz in Kommissionen. Lassen Sie sich nicht einschüchtern, von den manchmal frustrierenden Berichten aus den Gremien – trotz allem lässt sich etwas bewegen, wenn man sich engagiert. Die FWD setzen sich konsequent ein für transparente, sachliche und respektvolle Kommunalpolitik.
Für das nun schon begonnene, neue Jahr wünschen wir Ihnen privat wie beruflich alles Gute!

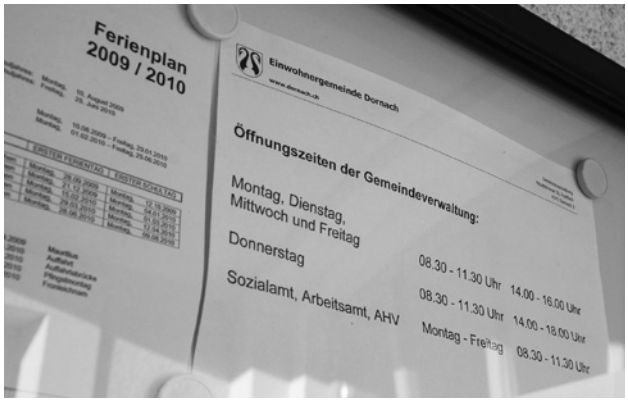
GEMEINDERAT

9 Mitglieder
FWD-Vertreter: Ursula Kradolfer (Vize-Präsidentin), Robert Leu, Daniel Urech

Der vertiefte Einblick

Statthalterin Ursula Kradolfer

Der vertiefte Einblick in die Arbeit der „Gemeinde" ist spannend, aber nicht ganz spannungsfrei.



Der Gemeindepräsident in Dornach hat viele Aufgaben. Er steht der Verwaltung vor, er leitet die Gemeinderatssitzungen und Gemeindeversammlungen und er vertritt die Gemeinde in verschiedenen Gremien und nach aussen. Das wissen die Gemeinderäte natürlich auch. Aber als Statthalterin habe ich dieses vielfältige Programm genauer verfolgt. Schliesslich könnte es ja sein, dass Kurt Henzi einmal verhindert ist und ich einen Termin an seiner Stelle wahrnehmen muss.

Viel spannender als die Vertretungen ist der **Austausch über Themen,** die Dornach betreffen. Seien das Schulfragen, Bauthemen, Personelles, oder rein Verwaltungsinternes. Der Einblick in die Arbeit der „Gemeinde" ist für mich eine hoch interessante Bereicherung.

Kein Geheimnis ist, dass der Gemeindepräsident und ich das Heu in einigen Bereichen nicht auf der gleichen Bühne haben. Das hat zu Spannungen und internen Diskussionen geführt. Die gute Kinderstube haben wir bisher im Umgang miteinander nicht vergessen.

Es ist auch vorgekommen, dass ich als Statthalterin Beschlüsse vertreten musste, die ich bei der Entscheidung abgelehnt hatte. Das ist natürlich auch das Los des Gemeindepräsidenten. **Die Stellung als Gemeindepräsident oder Vizepräsident verlangt mehr Zurückhaltung bei eigenen Äusserungen in der Öffentlichkeit.** Wer diese Stellung inne hat, ist mehr als nur Vertreter einer Partei im Gemeinderat: er oder sie vertritt die Gemeinde nach aussen. Diese Position nicht dazu zu missbrauchen, der persönlichen Ansicht die nötige Aufmerksamkeit und damit auch Durchsetzungskraft zu verschaffen, ist immer wieder eine Herausforderung.

Dreieinhalb Jahre im Gemeinderat

Daniel Urech

Für Natur, Kultur und Lebensqualität in Dornach versprach ich mich einzusetzen, als ich in den Gemeinderat gewählt wurde. Jetzt, wo die Legislaturperiode fast vorbei ist, ist es Zeit, mit einem Erfahrungsbericht Bilanz zu ziehen und aufzuzeigen, was sich bewegt hat, wo ich mich erfolgreich einbringen konnte, und welche Vorhaben nicht voran gekommen sind.

Bestätigt hat sich für mich, dass die **Parteizugehörigkeit in Gemeindeangelegenheiten keine allzu grosse Rolle spielt.** Einerseits lassen sich die meisten Traktanden sowieso nicht anhand der vorgefassten Parteiprogramme entscheiden, andererseits ist die Grundeinstellung der nationalen Partei für das Handeln auf lokaler Ebene auch häufig unwichtig, wie ich feststellen muss-

te. So zeigten sich die SP-Vertreter im Gemeinderat gerade in Umweltanliegen längst nicht immer so engagiert wie die Mutterpartei. Zuweilen sogar enttäuschend konservativ, wie z.B. bei der Frage, ob die Gemeinde vermehrt Recyclingpapier einsetzen sollte (ein Geschäft, das leider nicht durchkam. Immerhin verwendet die Gemeinde aber FSC-zertifiziertes Papier). Im Umweltbereich hat sich aber auch einiges getan: In Zusammenarbeit mit der Umweltschutzkommission wurde das Naturkonzept verabschiedet und dessen Umsetzung begonnen.

Zu einem eigentlichen **Schwerpunkt der Legislatur** entwickelte sich der Verkehr. Sowohl im Kleinen wie im Grossen wurden Schritte in die m.E. richtige Richtung gemacht, einiges hat sich aber auch verzögert und ist noch nicht wirklich weiter gekommen. Positiv ist die Realisierung des Bahnhofausbaus, die durch eine hervorragende Zusammenarbeit aller Partner und durch den finanziellen Anreiz des Bundes so schnell beginnen konnte. Dagegen verschleppten sich einige Massnahmen wie z.B. die Verkehrsberuhigung, und es dauerte bis zum Budget 2009, dass endlich Geld für eine Gesamtstudie bereitsteht.

Im Kleinen versuchte ich immer wieder **Verbesserungen für den Langsamverkehr** zu erreichen, so setzte sich z.B. der Antrag auf Velo-Gegenverkehr auf dem Oberen Zielweg nach ziemlich intensiver Diskussion durch. Unterdessen wird dies für jede Einbahnstrasse, die saniert wird, in Erwägung gezogen und häufig realisiert. Keine Mehrheit fand dagegen z.B. ein Geländer entlang dem Oberen Zielweg.

In den letzten zwei Jahren begann der geplante **H18-Anschluss** konkreter zu werden. Nachdem der Kanton zunächst die Vorplanung bezahlte, muss nun auch die Gemeinde beitragen – im Jahr 2009 sollen es bereits über 100'000 Franken sein. Angesichts dieser Perspektiven und dem nicht sehr überzeugenden (und wohl eher chancenlosen) Projekt mit dem Brückenkreisel und der Rampe ist es nun in der Verantwortung des Gemeinderats, sich dem Kanton gegenüber für eine sinnvolle Lösung einzusetzen. Es ist angebracht, dass der Kanton Dornach bei der Lösung der Verkehrsprobleme unterstützt – aber mit Augenmass und Offenheit für alternative Lösungen.

Im Bereich des **Kulturschaffens** hat sich das neue Theater am Bahnhof weiterhin als Juwel des kulturellen Lebens in Dornach erwiesen. Immerhin überlebte es die ganze Legislatur, obwohl die Situation des Standorts bereits vor vier Jahren prekär erschien. Ein Verbleiben am heutigen Ort hat sich leider als nicht möglich erwiesen. Der politische Wille, das weitere Arbeiten des Theaters und die Suche nach einem neuen Spielort zu unterstützen ist aber sowohl in Dornach auf Gemeindeebene als auch beim Kanton und bei den Nachbargemeinden spürbar.

Das kulturelle Engagement der Gemeinde ist jedoch viel breiter: Dornach unterstützt diverse Vereine (wie z.B. den Gospelchor oder die Schwarzbuebe-Jodler), die Orchesterreise der JMS, oder einzelne Veranstaltungen mit finanziellen Mitteln oder Infrastruktur. Nächstes Jahr werden wir zudem in den Genuss eines reichhaltig mit Konzerten gespickten **Jubiläumsjahres der JMS** im neuen Gebäude kommen. Auch dieses Gebäude kann im weiteren Sinn als Kulturengagement der Gemeinde und sicher als eines der gelungenen Projekte der Legislatur angesehen werden.

Die **Lebensqualität** schliesslich ist schwierig zu definieren und kann sehr unterschiedliche Dinge umfassen. Mannigfaltige Beispiele könnten angeführt werden, die alle für gewisse Menschen Verbesserungen darstellen können: viele **Spielplätze** wurden mit neuen, sichereren Geräten ausgestattet, die neuen **Kindergartengebäude** wurden eingeweiht. Das **Gemeinde-GA** kann neuerdings per Internet reserviert werden. Ein **Tagespflege-Angebot** für ältere Menschen wurde initiiert und von der Gemeinde mit einem Startbeitrag unterstützt. An diesen willkürlich ausgewählten Beispielen kann gezeigt werden, wohin sich die Gemeinde weiter entwickeln könnte: gute Bildungsinfrastruktur für die Kinder, eine kundenorientierte, effiziente Gemeindeverwaltung und ein soziales Netz, das auch Schwächeren ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch sind es immer wieder die Kleinigkeiten, wie z.B. ein Sonnenschirm auf dem Spielplatz oder die schön gepflegten Verkehrsinseln, die einem Wohnort Qualität geben.

Leider zeigt sich aber immer wieder, dass die Einigung über die m.E. wichtigen Massnahmen nicht gefunden wird: In Sachen Bildung begnügt sich die Gemeinde mit einer unverhältnismässig geringen Unterstützung der Rudolf Steiner Schule. Allzu oft schreckt die Mehrheit des Gemeinderates vor Veränderung der gegebenen Strukturen und Abläufe zurück. Und es besteht die Gefahr, dass aus Angst vor neuen Ausgaben wichtige Aufgaben nicht erfüllt werden.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die Arbeit im Gemeinderat ist fruchtbar, und macht meistens Freude. Ich werde deswegen im Mai wieder kandidieren und versuchen, die Geschicke unserer Gemeinde weiter konstruktiv mitzugestalten. Für die nächste Legislatur wünsche ich uns – also dem ganzen Gemeinderat – mehr Mut zur kreativen, offenen Diskussion und zu grundsätzlicheren Überlegungen. Auf dass die Veränderungen tiefer und damit auch spürbarer und sichtbarer werden!

Freie Berichterstattung – Eine Polemik

Ursula Kradolfer

Es gibt Journalisten, die scheinen zu glauben, der Ausdruck „Freie Berichterstattung" bedeutet, dass sie die Berichterstattung frei erfinden sollen.

In den öffentlichen Gemeinderatssitzungen sitzt nur ab und zu Publikum. Fast immer aber sitzen dort drei **Journalistinnen und/oder Journalisten.** Das Interesse der Zeitungsleute an unseren Sitzungen ist ja grundsätzlich erfreulich. Und weil der Gemeinderat das schätzt, hat jede/r Journalist/in ein Extra-Tischchen.

Dort brät dann jede Journalistin oder Journalist ihr oder sein Extra-Würstchen. Und zwei, drei Tage später lese ich drei Zeitungsberichte - aus drei verschiedenen Sitzungen. Ich selbst war wohl zur gleichen Zeit in einer vierten Sitzung. Da werden dann schon mal die Folgen zur Ursache erklärt. **Ein Beispiel gefällig?** Einmal beantragte die Feuerwehr einen neuen Feuerwehrschlauch. Sie empfahl 100m mehr zu bestellen als sie benötigte, damit eine andere, kleine Gemeinde auch vom Mengenrabatt profitieren könne. In der Zeitung wurde daraus dann eine fehlerhafte Bestellung durch die Feuerwehr. Ein Fehler der - glücklicherweise für Dornach – habe korrigiert werden können, weil sich eine kleine Gemeinde fand, die bereit war, die zuviel bestellten 100 m Schlauch zu übernehmen...

Manchmal wecken die Artikel und Artikelchen den Eindruck von **Wundertüten:** Wörter und Satzstücke aus der Sitzung werden zusammengeworfen, gut geschüttelt und dann wieder in lesbare Form gebracht. Das Ergebnis ist nicht gerade sinnfrei, aber immer wieder sinnentstellt.

Dabei wäre es ganz einfach. Denn vor der Sitzung werden die schriftlichen Unterlagen zu den traktandierten Geschäften auf den Extra-Tischchen ausgelegt. Es sind die gleichen wie sie die Ratsmitglieder erhalten haben. Sie sind eigentlich zur eingehenden Lektüre gedacht – bevor der Artikel entsteht. Aber vielleicht ist ja meine Annahme falsch, dass wer flüssig schreiben auch flüssig lesen kann.

Zugegeben, meistens ist der Zusammenhang mit der Diskussion im Rat erkennbar. Und es gab auch schon **richtig gute Artikel,** sozusagen Spitzenjournalismus: Zutreffende Wiedergabe der Verhandlung und die Meinung des Journalisten als Kommentarspalte daneben. Da konnte ich dann wenigstens überzeugt anderer Meinung sein, denn wir waren beide an derselben Sitzung anwesend.

Kantonsratswahlen 2009

Daniel Urech

Das Jahr 2009 wird zu einem Wahljahr nicht nur auf Gemeindeebene. **Am 8. März wird im Kanton Solothurn der Kantonsrat, die 100-köpfige Legislative, gewählt.** Die Freien Wähler Dornach sind bekanntlich nur auf lokaler Ebene aktiv – dies macht uns zu einer unabhängigen und für alle offenen Gruppierung. Auf diese Art ist freies Politisieren einfacher und aktive Menschen können in der Gemeindepolitik mitmachen, ohne sich einem nationalen Parteiprogramm verpflichtet zu fühlen.

Da ich mich auch auf kantonaler Ebene engagieren möchte, kandidiere ich auf der grünen Liste für den Kantonsrat. Ich bin überzeugt, dass ein nachhaltiger Umgang mit den vorhandenen Ressourcen die einzige Chance für eine zukunftsfähige Welt ist. Deshalb bin ich bei den Grünen, in einem hervorragenden, jungen Team von Kandidierenden. Aus Dornach sind dabei: Annekäthi Häusermann, Lukas Hohl und Michael Pachlatko.

Die meisten Bereiche der Gemeindepolitik werden durch den Kanton mehr oder weniger stark mitbestimmt. Es interessiert mich, die Kantonalpolitik mitzugestalten. Ich möchte mich insbesondere einsetzen für:

- eine **nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik:** z.B. mehr Anreize für Gebäudesanierungen oder die Nutzung von alternativen Energien. Lieber Strom sparen als ein neues Atomkraftwerk bauen!
- Eine **sinnvolle Regionalpolitik:** Es ist wichtig, dass die Autonomie der Gemeinden an der Peripherie des Kantons gewahrt bleibt. Der Kanton darf den Gemeinden nicht andauernd neue finanzielle Lasten aufbürden, die Region Basel muss im Bewusstsein der Solothurner Politik bleiben.
- Eine **gerechteres Bildungsangebot:** z.B. die Einführung der freien Schulwahl oder zumindest eine angemessene Mitfinanzierung von nicht-staatlichen Schulen, die für alle offen sind.

Meine Arbeit als Gemeinderat werde ich auch im Fall einer Wahl für die Freien Wähler Dornach weiterführen. Die FWD bleiben frei und unabhängig und eine grüne Liste für die Gemeindewahlen ist nicht geplant. Sicher würde aber der Sprung auf die Kantonsebene auch meine politische Tätigkeit in Dornach befruchten und helfen, gewisse Anliegen für Dornach voranzubringen!

Bau- / Werk- und Planungskommission (BWPK)

7 Mitglieder
FWD-Vertreter: Rainer Dietwiler, Dieter Grass, Robert Leu (Vizepräsident)

Ja, es gibt sie noch, die Baukommission!

Überschreitung von Ausnützungsziffern im Zusammenhang mit Gestaltungsplanverfahren?
Immer häufiger werden im Zusammenhang von Gebäudesanierungen, insbesondere für die Erreichung des **Minergie-Standards, Ausnahmeanträge für eine Überschreitung der Ausnützungsziffern** gestellt. Bis jetzt vertrat die Baukommission die Auffassung, dass grundsätzlich keine gesetzlichen Grundlagen für eine Überschreitung dieser Kennzahl vorhanden sind.
Vor allem bei Neubauten wurden die im Zonen- und Gestaltungsplan deklarierten Ausnützungsziffern als fix und unveränderbar beurteilt. Interessant ist natürlich, wenn der Gemeinderat dann trotzdem anders entscheidet! **Was gilt nun?** Gesunder Menschenverstand? Gesetz? Oder einfach das, was am besten passt?

Natürlich kennen wir die Regeln, dass der Gemeinderat einen Antrag der Baukommission nicht à tout prix akzeptieren muss. Es wäre jedoch ratsam und sinnvoll, solche Grundsatzentscheide (wenn es denn solche sein sollen!?) mit der zuständigen Kommission oder wenigstens mit deren Vertreter im Gemeinderat abzusprechen.
So offenbart sich seit längerem ein Motivations- und Effizienzproblem, welches gerne auf die Unbequemen der FWD abgeschoben wird (Artikel im Wochenblatt im April 2007). Doch wir bleiben am Ball, wir setzen uns ein für:

- Klare Strukturen und Ziele im Bauwesen
- Energiesparmassnahmen, Schonung unserer Ressourcen, Förderung von Alternativenergien
- Öffentlicher Verkehr, Sicherheit auf den Strassen und effiziente Beleuchtung

- Umsetzung des Generellen Entwässerungs-Plans (GEP) und des Naturkonzepts

Schwierig wird es, sich gegen den **Mobilfunkantennen-wildwuchs** zu wehren, da es einem allgemeinen Bedürfnis entspricht, überall und jederzeit erreichbar zu sein, zu surfen oder Musik zu hören, doch wohin mit den hässlichen Antennen?
Noch ein Wort zum **Gestaltungsplan „Muren".** Dieser wurde durch den Gemeinderat mehrmals vor Ort besichtigt. Die Gebäude samt Umgebung inklusive der schützenswerten Bäume sind eingezeichnet, so wie sich das gehört. Nun wird da und dort ein wenig abgeändert und in der Folge wird gebaut. Jetzt kommt es. Richtig! Der Planer steht im Haus und merkt, dass ihm die Bäume die Sicht versperren, also weg damit ... Planung ist alles!!

Erreicht haben wir unter anderem, dass bei jeder Sitzung über die laufenden Geschäfte und über die aktuellen Baustellen orientiert und informiert wird, immerhin etwas!

Abschliessen möchten wir mit den versöhnlichen und diplomatischen Worten unserer Präsidentin U. Kradolfer:
„Die Gemeinde muss lernen, die bestehenden Interessen sorgfältiger abzuwägen!"

FACHKOMMISSION SCHULE

Lassen sich (Oberstufen-)Probleme mit einer Zusammenarbeit mit Arlesheim lösen ? – Immer noch viel Elterntaxi-Dienst!

5 Mitglieder
FWD-Vertreter: Eliane Brogli, Kurt Häusermann (Präsident)

Kurt Häusermann, Eliane Brogli

Sandra Zeltner (SVP), Patrick Meier (SP), Martin Börlin (FDP), Eliane Brogli, Kurt Häusermann, Präsident (Freie Wähler), trafen sich mit der Schulleitung (Marie Thérèse do Norte, Rektorin, Thomas Kofmel, Konrektor, Etienne Evequoz und Katja Sokolov) zu 4 Sitzungen.

Da der Kanton Solothurn aufgrund einer Volksabstimmung „flächendeckend" sogenannte „geleitete Schulen" eingeführt hat, braucht es die Schulkommission eigentlich nicht mehr: Für die operationale Leitung ist die Schulleitung zuständig und damit verantwortlich, für die strategische Leitung der Gemeinderat. Da sich wohl ziemlich alles in diesen beiden Kategorien unterbringen lässt, kommt die Fachkommission nur zum Einsatz, wenn sie von Schulleitung oder Gemeinderat beansprucht oder konsultiert wird. Sie müsste dann über die gestellte Frage eine Empfehlung erarbeiten. Da die FK politisch zusammengestellt ist, also keinen Sachverständigenrat darstellt, kann sie in der Regel weder dem GR noch der Schulleitung mit besseren Lösungen dienen als diese schon hätten.

Erwartungsgemäss wurde daher die FK im vergangenen Zeitraum seit April 2008 auch nur in bescheidenem Ausmass beansprucht. Sie nahm zur Kenntnis, dass die Schulleitung und Lehrerschaft durch zahlreiche Entwicklungsarbeiten (Qualitätsmanagement, Intervision, Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf etc. etc.) sehr gefordert ist. Für besondere Dornacher Probleme der Organisation/Klassenbildung

scheint das Amt für Volksschulen des Kantons ausreichendes Verständnis zu haben. Durch die Einführung der **Schulsozialarbeit**, die von einer kompetenten Fachperson geleistet wird, können manche Schwierigkeiten aufgefangen oder gedämpft werden.

Wir haben der Schule ein Konzept übermittelt, wie sie das immer noch bedenkliche **Verkehrschaos** durch den elterlichen Taxidienst anders als bisher angehen könnte und hoffen, dass dies einen gewissen Erfolg hat. Im Sinne dieses Konzeptes danken und gratulieren die Freien Wähler allen Schüler/innen, welche ihren Schulweg selbständig zurücklegen, dabei interessante Dinge sehen und erleben, Freundschaften pflegen und soziale Kompetenz erwerben.

Erstaunlich viel Arbeit für den Präsidenten gab es im Zusammenhang mit der **Schulzahnpflege.** Es ging darum, die Unterstellung und Honorierung einer Verantwortlichen im Gemeindeverbund vertraglich zu regeln. Bis alle Beteiligten einverstanden waren, dauerte es mehr als 6 Wochen und brauchte zahlreiche Gespräche, Telefonate und Schreiben.

Probleme zwischen Elternschaft und Schule gehen die Fachkommission nichts an, sie müssen in direkter Begegnung und Auseinandersetzung mit der Schule angegangen werden. Die Fachkommission ist keine Ombudsstelle. Es ist ihr allerdings bekannt, dass solche Konflikte immer wieder entstehen. Häufig haben sie mit der Übertrittsituation in die Oberstufe (PG) und mit den für die Elternschaft nicht immer befriedigenden Angeboten der Bezirks- und Sekundarschule unserer Gemeinde zu tun. Der Autor dieses Textes empfiehlt den Eltern, einen Elternbeirat zu bilden und sich dabei von der Institution „Schule und Elternhaus“ beraten zu lassen. Der Zusammenhang zum folgenden Thema ist offensichtlich:

Von der Kommission aus und gleichzeitig auch im Gemeinderat wurde das Problem einer intensiveren Zusammenarbeit der Dornacher Oberstufe mit der Oberstufe Arlesheim aufgegleist. Sinnvolles Ziel wäre eigentlich, eine **gemeinsame Oberstufe beider Gemeinden:** Eine solche könnte aufgrund der Schülerzahlen von deutlich besseren Angeboten profitieren. Im Zusammenhang mit dem Harmos-Ziel, die Schulangebote und -Stufen in den Kantonen SO, BL und AG anzunähern, würde eine solche Zusammenlegung der Oberstufen auch leichter möglich. Nicht zuletzt könnten wohl auch Kosten eingespart werden, was bekanntlich eine wichtige Rolle spielt. Wer die Presseverlautbarungen verfolgt hat, konnte in regelmässigen Abständen lesen, dass der Kanton BL die zusammen viel grösseren Gemeinden Arlesheim und Münchenstein veranlassen möchte, eine gemeinsame Oberstufen-Schule zu bilden.

Aus pädagogischer Sicht müssen wir allerdings sagen, dass in unserer kleinen, übersichtlichen Schule auch Werte gepflegt werden können, die in einer grossen, durchorganisierten Institution verloren gehen oder einen viel höheren Aufwand erfordern. Es gilt daher, in der Bearbeitung der Sache sorgfältig vorzugehen. Darum bitten wir die zuständigen Beteiligten.

STIFTUNGSRAT ALTERS- UND PFLEGEHEIM WOLLMATT

Fürenand – mitenand

6 Mitglieder
FWD-Vertreter: Irène Hauser, Marianne Morf

Irène Hauser, Marianne Morf

Für das Alters- und Pflegeheim Wollmatt ging dank einem Legat, Spenden der Stiftergemeinden des Alters- und Pflegeheims Wollmatt und vielen privaten Spenden endlich ein jahrelang gehegter Wunsch in Erfüllung: im Oktober 2008 konnte ein neuer, **rollstuhlgängiger Bus** angeschafft werden.
Mit dem Bus, der Platz für bis zu 9 Personen bietet, können alle Bewohnerinnen und Bewohner des Alters-

und Pflegeheims an Ausflügen teilnehmen. Sie können bei den Ausfahrten ihre Verbundenheit zur Natur wieder spüren und die Jahreszeiten ein Stück weit miterleben. Solche Anlässe sind Lichtblicke für die Bewohnerinnen und Bewohner, sie sind eine spezielle Bereicherung des Alltags und bieten eine unschätzbare Abwechslung. Die strahlenden Gesichter während und nach den ersten Touren zeigten denn auch die Freude der Bewohnerinnen und Bewohner.

Optimal wäre für das Heim, einen Fahrer zur Verfügung zu haben, der Spass daran hat, die Heimbewohner je nach Bedarf zu chauffieren. Falls Sie sich angesprochen fühlen, steht Ihnen Frau Anita Filippi (Heimleiterin des Alters- und Pflegeheims Wollmatt) gerne für weitere Auskünfte zu dieser ehrenamtlichen Aufgabe zur Verfügung.

Wir wünschen den Bewohnerinnen und Bewohnern viele erlebnisreiche Ausflüge. Sie sollen ganz unter dem Motto stehen, das auch der Bus als Slogan trägt: „Füreinander – miteinander".

VERKEHRSKOMMISSION

Braucht Dornach eine Verkehrskommission?

3 Mitglieder
FWD-Vertreter: Bruno Planer (Aktuar)

Bruno Planer

Liebe Leserinnen und Leser
Nun sind genau drei Jahre vergangen, seit ich mich mit **grossem Elan in die Aufgaben in der Verkehrskommission** gestürzt habe. Die erste Ernüchterung kam bereits an der ersten Sitzung vor drei Jahren: Berge von Pendenzen, die noch nicht behandelt wurden oder wo einfach eine Antwort fehlte. Trotzdem waren wir voller Tatendrang. Wir konnten den grössten Teil der Pendenzen zusammen mit dem Gemeinderat aufarbeiten, was uns natürlich zusätzlich motiviert hat. Nach und nach haben wir allerdings festgestellt, dass die Verkehrskommission Dornach „nur" beratenden Charakter hat. Das heisst. Von uns aus aktiv zu werden, ist eigentlich gar nicht möglich. Darauf wurden wir auch verschiedene Male hingewiesen. So bleibt also der Verkehrskommission einzig und allein zu hoffen, **dass das Gemeindepräsidium Erbarmen hat und dann und wann der Verkehrskommission einen Auftrag gibt.**

Soll es so weitergehen?

Ich bin der Meinung, dass eine Verkehrskommission auch ein Wahrnehmungsorgan für **Bedürfnisse aus der Bevölkerung** sein sollte. Die Einwohner von Dornach sollten die Möglichkeit haben, **direkt** mit ihren Begehren an die Verkehrskommission heranzutreten, und zwar ohne den Umweg über die Gemeindeverwaltung machen zu müssen. So wäre auch gewährleistet, dass alle Anfragen aus der Bevölkerung ernst genommen und behandelt werden.

Beispiele aus dem Alltag:

Der Fussgängerstreifen

Wie bereits berichtet, verschwand eines Tages auf der Weidenstrasse ein Fussgängerstreifen. Dies ohne dass die Verkehrskommission informiert oder angefragt wurde. Nicht einmal auf die protokollierte Anfrage bei der Gemeinde, wie es zum Mauerbau kommen konnte, haben wir eine Antwort erhalten!

Verkehrsmassnahme Rüttiweg
Zum grossen Glück gibt es noch das Wochenblatt. Dank diesem Organ erfährt sogar die Verkehrskommission, wenn es in Dornach neue Verkehrsmassnahmen gibt!

Langsamverkehr-Studie
Wochenblatt zum Zweiten: Auch hier waren wir sehr froh, dass uns das Wochenblatt vor unserer letzten Sitzung noch mit einem Artikel beglückt hat, damit wir darüber informiert waren, was der Gemeinderat entschieden hat. So konnten wir uns doch noch vorbereiten und Fragen aus der Bevölkerung beantworten oder zumindest auf den Artikel im Wochenblatt verweisen.

Ich finde, so geht es nicht!

Man muss sich entscheiden, ob man eine Verkehrskommission möchte, die diesen Namen auch verdient und die auch bei Projekten wie dem Bahnhof Dornach-Arlesheim, dem H18-Anschluss und weiteren mindestens angehört wird. Ansonsten könnte man sich auch überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, das Sitzungsgeld der Verkehrskommissionsmitglieder in andere Projekte zu investieren.
Eine Hoffnung in unserer Amtszeit bleibt uns noch. Nämlich dass das **Projekt Tempo 30** in Dornach nun endlich die Hürde im Gemeinderat schafft und die Verkehrsstudie in Auftrag gegeben werden kann. So wäre wenigstens ein Meilenstein gesetzt, ein Projekt ins Rollen gekommen!

VORMUNDSCHAFTS-/SOZIALHILFE- UND ASYLBEWERBERKOMMISSION

Reform der Sozialhilfe im Kanton Solothurn

7 Mitglieder
FWD-Vertreter: Helene Aeschlimann, Walter Plüss

Walter Plüss

Auf den 1. Januar 2009 hin treten die neuen Sozialregionen in Kraft, welche auch für Dornach grosse Veränderungen bringen.

Zur Sozialregion Dorneck gehören: Bättwil, Büren, Dornach, Gempen, Hochwald, Hofstetten-Flüh, Metzerlen-Mariastein, Nuglar-St. Pantaleon, Rodersdorf, Seewen und Witterswil. Die Leitgemeinde wird Dornach sein. Die Sozialkommissionen der einzelnen Gemeinden werden verkleinert, Dornach wird noch 5 Mitglieder haben, 2 weniger als bis anhin. Die Sitzverteilung und die Nominationen werden auch diesmal von den Parteien ausgehandelt. Die Dossiers der Gemeinde Dornach werden weiterhin von dieser dorfeigenen Kommission behandelt werden; zusätzlich finden jedoch neu übergeordnete Treffen mit Delegierten der einzelnen Dorfkommissionen statt. Da soll es jeweils um Themen gehen, die alle Gemeinden der Region betreffen. Die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche werden zentral in Dornach bearbeitet, was eine Stellenerweiterung mit sich zieht und so Dornach eben zur „Leitgemeinde“ macht.

Soweit die Fakten. Im Grossen und Ganzen ist diese Entwicklung unbestritten. In der letzten Zeit sind die Dossiers immer komplexer geworden und als Kommissionsmitglied muss man schon einen guten Überblick über die gesetzlichen Grundlagen haben, um die An-

träge recht beurteilen zu können. Und wenn schon pro Gemeinde weniger Ehrenamtliche für diese Arbeit gesucht werden müssen, so dafür hoffentlich umso kompetentere.

Für die beiden Delegierten der Freien Wähler Dornach geht die Amtszeit schon nach 3 Jahren zu Ende, da sich weder Helene Aeschlimann noch ich für das neue Gremium zur Verfügung stellen. Wir sind beide mit der Erwerbsarbeit genug ausgelastet. Bei mir kommt die Familienarbeit noch dazu, da ich hauptberuflich Hausmann bin. Es hat sich für mich doch gezeigt, dass, um die Sache wie oben erwähnt, richtig zu machen, ein grosses Engagement nötig ist. Zwei Weiterbildungen im Bereich Sozialhilfe und Vormundschaft in den letzten drei Jahren, das ist recht wenig in dieser Zeit, wo sich die Bedingungen laufend verändern. Aber mehr lag zeitlich und kräftemässig nicht drin.

Was während unserer Amtsperiode beschäftigte, lässt sich in meinen letzten Berichten nachlesen. Da niemand auch nur ein einziges kleines Feedback dazu erhielt, habe ich keine Ahnung, ob unsere Arbeit von den Parteimitgliedern oder der Bevölkerung geschätzt oder kritisiert wird. Wir haben uns bemüht, gerechte Entscheide zu fällen. Eine positive Entwicklung ist auf dem Sozialdienst selber spürbar. Einige Grundsatzentscheide wurden von seinen Mitarbeiterinnen herbeigeführt, was eine effizientere Abwicklung der Gesuche ermöglicht. Die Form der Traktandenlisten und die Protokolle halten einer professionellen Prüfung stand. Auch wenn in der Praxis sicher noch das eine oder andere verbessert werden kann, denke ich, dass unsere Sozialhilfe-Abteilung auf einem guten Weg ist.

Somit verabschiede ich mich aus diesem Amt und wünsche meinen Nachfolgern und allen künftigen Kommissionsmitgliedern alles Gute und viel Befriedigung für diese wichtige Arbeit.

SPEZIALKOMMISSION ARBEITSGRUPPE „UMSETZUNG ALTERSLEITBILD"

Das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren muss noch wachsen

6 Mitglieder
FWD-Vertreter: Ursula Kradolfer (Präsidentin), Silvia Streit

Ursula Kradolfer

Viele Forderungen des Altersleitbildes 98/99 sind erfüllt. Andere bestehen noch und neue werden dazu kommen. Der Bereich hat Zukunft.

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin nach wie vor sehr beeindruckt davon **wie viele Menschen sich im Bereich Altenbetreuung (meist ehrenamtlich) engagieren.** Das reicht vom Fahrdienst, über den Mittagstisch bis zu Seniorenferien, etc.

Die Arbeit der Gruppe hat zwei Schwerpunkte: Informieren (sich und andere) und Bewusstsein schaffen. Einerseits organisiert die Gruppe in Abständen eine **Informationsveranstaltung** für Fast- und Neu-Rentner zu Themen wie AHV, Ergänzungsleistungen, etc. Sie ist auch verpflichtet den Gemeinderat über den Stand der Umsetzung des Leitbildes zu informieren. Andererseits informieren sich die Mitglieder der Gruppe über Themen, die zukunftsträchtig sind.

Ein wichtiges Stichwort heisst **„Wohnen im Alter".** Eine von uns durchgeführte Umfrage hat die aus anderen Untersuchungen bekannten Trends bestätigt: Die alten Menschen möchten selbständig, zentral und komfortabel wohnen und sich Hilfe nach Bedarf einkaufen können. Das wird unter dem Begriff **„Betreutes Wohnen"** zusammengefasst. In Dornach fehlt diese Möglichkeit noch. In der Arbeitsgruppe waren wir uns zwar darüber einig, dass ein solches Angebot anzustreben sei. Aber nicht einig waren wir uns darüber, ob „die Gemeinde" so etwas realisieren soll, oder Private. Ich bin der Meinung, dass bei uns das Engagement von Privatpersonen kommen muss. Die Gemeinde wird ein solches Projekt unterstützen, nicht aber initiieren.

Bewusstsein schaffen für die Belange der Seniorinnen und Senioren ist ein Dauerthema. So sollte es selbstverständlich werden, dass bei grösseren Neubauten hin-

dernisfrei gebaut wird, oder dass bei Fussgängerstreifen die Randsteine des Trottoirs abgeschrägt werden. Davon profitieren nicht nur die Menschen mit Rollator, sondern auch diejenigen mit Kinderwagen.

Wie wenig die Anliegen der Seniorinnen und Senioren im Bewusstsein des Gemeinderates verankert sind zeigte der **Kampf um einen angemessenen Beitrag im Budget 2009 an das Tageszentrum Dorneck** (Fachfrauen bieten einen Tag in der Woche Betreuung für Seniorinnen und Senioren an. Der Aufenthalt im Tageszentrum soll die Betreuten anregen und die pflegenden Angehörigen entlasten). Man finde die Initiative zwar gut, aber....

Selbst bei Kleinigkeiten muss man hartnäckig sein. Der Treppenlift im Amthaus, dessen Einbau auf Ende 2007 geplant war, soll, gemäss neuester Information, anfangs 2009 realisiert werden. Wir werden sehen, und: wir bleiben dran.

KELSAG-KEHRICHTBESEITIGUNG LAUFENTAL-SCHWARZBUBENLAND AG

Die KELSAG wächst

Ursula Kradolfer

Im Infoblatt 1/2007 wurde von den Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Ausrichtung der KELSAG berichtet. Sie will sich vergrössern, statt die Gemeinden mehr zu entlasten. Inzwischen konnte sie ihr damals gescheitertes Vorhaben einer Vergärungsanlage beginnen.

Nachdem das Projekt einer **Vergärungsanlage** bei den Gemeinden 2007 auf Widerstand gestossen war, hatte der Verwaltungsrat eine Werbe-Offensive dafür gestartet. Mit überzeugenden Unterlagen und der Biopower Nordwestschweiz AG als Partnerin (einem Unternehmen der Elektra Basel-Land (EBL), Industrielle Werke Basel (IWB) und Elektra Birseck Münchenstein (EBM) konnte er die Aktionärsgemeinden für sein Vorhaben gewinnen. Die Anlage soll bei planmässigem Vorankommen im Herbst 2009 die Arbeit aufnehmen.

Gemäss Statuten ist die KELSAG berechtigt Tochtergesellschaften zu gründen. Bei der neuen Gesellschaft können die Aktionärsgemeinden nicht mitreden. Zuständig ist ausschliesslich der Verwaltungsrat. Gleichzeitig mussten sich die Aktionärsgemeinden verpflichten, ihr **Grüngut** ausschliesslich der KELSAG zu liefern (was nicht alle getan haben, Dornach aber schon). Bei allem Verständnis für den Wunsch der KELSAG, eine kalkulierte Menge Grüngut für die Vergärungsanlage garantieren zu können, so sollte sie auch Verständnis dafür aufbringen, dass ein ungutes Gefühl bleibt, wenn die Gemeinden sich verpflichten müssen, aber nicht mitreden können.

Seit Anfang 2009 ist die KELSAG auch für die Papiersammlung in Dornach zuständig. Sie zahlt der Gemeinde 80 Franken pro Tonne Papier. Das entlastet unsere Abfallrechnung.

An der Aktionärsversammlung im Juni 2008 wurde Kurt Henzi neu in den Verwaltungsrat der KELSAG gewählt. Er ist der Vertreter der Dornecker Gemeinden. Ich hoffe, dass er weiterhin die **Sicht der Gemeinden** einbringt und nicht nur das Wachstum der KELSAG im Auge hat.

ANSCHLUSS AN DIE H18

Betrachtungen zu drei Stichworten

Felix Gebhardt

Der Vollanschluss Aesch an die H18 ist eine Chance für Dornach, die es optimal zu nutzen gilt. Nach dem eine öffentliche Mitwirkung stattgefunden hat, bleiben noch viele Fragen offen. Aus diesem Grund hat eine Gruppe an der Gemeindeversammlung vom 10.12.2008 ein Postulat eingereicht, das von der Versammlung als dringlich und erheblich überwiesen wurde. Es folgen Betrachtungen zu drei Stichworten:

siehe dazu auch:
http://www.fwd-dornach.ch/h18_postulat.html und
http://www.avt.so.ch/entlastungsstrasse

1. Stichwort: „Projektentwicklung"

Zuerst der Sachzwang, dann das Ziel
Ein Projekt wie das Vorliegende zu erarbeiten, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Es gilt zahlreiche Einschränkungen unter einen Hut zu bringen. Allen Ansprüchen wird man nicht gerecht werden können. Es müssen **Prioritäten** gesetzt werden. Wo ist zu beginnen?

Der Technokrat beginnt mit den Sachzwängen, der Visionär mit den Zielen.

Wenn wir uns die Entstehungsgeschichte des aktuellen Projektes vor Augen halten, fällt auf, dass vor allem und ausgiebig von **Sachzwängen** die Rede ist wie:

- Es muss ein Kantonsstrassenprojekt sein, wegen der Kosten.
- Es muss ein Projekt mit regionaler Wirkung sein, weil der Kanton sich nur dann an den Kosten beteiligt.
- Ein Anschluss muss über den „Birsbogen" geführt werden, weil eine andere Streckenführung in Aesch anscheinend nicht mehrheitsfähig ist.
- Ein Tunnel ist unmöglich, wegen des Gefälles etc.

Wie steht es mit den Zielen? Wie lassen sich im Bereich der Ziele Prioritäten setzten? **Was ist notwendig, was wünschbar?**

- Den Schwerverkehr direkt auf die H 18 führen, ohne ihn mit dem Individualverkehr zu mischen?

- Eine weitergehende Entlastung des Ortsteils Brüggli, ohne Wirkung auf Bruggweg und Oberdornach?
- Eine Lösung, die auch Oberdornach entlastet?
- Welche zusätzlichen Optionen gewinnt die Gemeinde, wenn sie sich auf eine wirtschaftliche Lösung, wie das direkte Ableiten des Schwerverkehrs, beschränkt?

Es kann durchaus sein, dass schliesslich ein einzelner Sachzwang ausschlaggebend ist. Dazu müssen aber plausible Argumente geliefert werden, andernfalls ist schon im Voraus mit erheblichem Widerstand zu rechnen.

2. Stichwort: „Mitwirkung"

Ist der Mitwirkungsbericht Pflichtlektüre für den Gemeinderat oder blosse Formalität?

Vor einem Jahr wurde die Mitwirkung zum Projekt Anschluss H 18 durchgeführt. Am 1. Juli 2008 erschien der **Mitwirkungsbericht.** Es gingen insgesamt 77 Beiträge ein, wovon 71 aus Dornach. Das ist beachtlich. Der Kanton hat sich der Aufgabe angenommen, alle Eingänge zu analysieren und zu gruppieren. Er hat vier Kategorien gebildet, es ergibt sich folgendes Bild:

1. **„Mitwirkungsbeiträge, welche im Rahmen des Gesamtprojektes vorgesehen sind"**
   In dieser Kategorie sind 12 Beiträge eingegangen, sie betreffen 4 verschiedene Anliegen.

2. **„Mitwirkungsbeiträge, welche im Rahmen der weiteren Projektbearbeitung detaillierter geprüft werden"**
   In dieser Kategorie sind 84 Beiträge eingegangen, sie betreffen 19 verschiedene Anliegen.

3. **„Mitwirkungsbeiträge, welche ausserhalb des Projektauftrages zu behandeln sind"**
   In dieser Kategorie sind 35 Beiträge eingegangen, sie betreffen12 verschiedene Anliegen.

4. **„Mitwirkungsbeiträge ohne Möglichkeit der Umsetzung"**
   In dieser Kategorie sind 58 Beiträge eingegangen, sie betreffen 8 verschiedene Anliegen.

Die 77 Mitwirkenden haben total **43 Anliegen** vorgebracht. Ohne sich in komplizierter Statistik zu ergehen, kann gesagt werden: Je öfter ein Anliegen genannt wird, desto grösser ist seine Bedeutung.

Für die einzelnen Kategorien ist das Verhältnis von Anzahl Beiträge zu Anzahl Anliegen ein gutes Mass für die Relevanz. So gesehen verdient Kategorie 4 „Mitwirkungsbeiträge ohne Möglichkeit der Umsetzung" besondere Beachtung. In dieser Kategorie geht es um ganz **Grundlegendes.** Die Skala reicht von „Projekt ist nicht nötig" bis zur Forderung, auf Teile des Projektes zu verzichten oder andere Streckenführungen ins Auge zu fassen. Der Kanton hält dem entgegen: Solche Einwendungen entsprechen nicht der gemeinsam mit der Gemeinde ausgearbeiteten Konzeption. Der Gemeinderat seinerseits macht es sich noch einfacher: Er hat sich bis dato noch gar nie mit dem Inhalt der Mitwirkung auseinandergesetzt!

Eine **fundierte Auseinandersetzung mit dem Resultat** der Mitwirkung bedeutet nicht, es allen recht machen zu wollen, ist aber Voraussetzung, um die Vorbehalte richtig zu erfassen, die Akzeptanz richtig einzuschätzen, mögliche Optimierungen zu definieren und schliesslich die Grundlage zu gewinnen, auf der sich ein solches Projekt realisieren lässt.

3. Stichwort: „Kantonsstrasse"

Klassierung als Kantonsstrasse: Chance oder Last?

Der Name sagt es: Eine Kantonsstrasse steht im Einflussbereich des Kantons. Gemeinden sind mit einem Beitrag von 5 – 50 % daran kostenpflichtig. Die Details regelt die Kantonsstrassen-Beitragsverordnung. Zahlreiche Faktoren wie Interesse der Gemeinde, Einwohnerzahl, aber auch überdurchschnittliche Kosten als Folge von Kunstbauten fliessen in die Berechnung mit ein. Im Falle von Umfahrungsstrassen wird die Gemeinde mit dem Kanton vorgängig eine Vereinbarung über die Kostenverteilung abschliessen.

Die **Kostenpflicht** erstreckt sich auch auf die Planung. Sie beginnt mit der erfolgten Anpassung des Richtplanes. Bis Ende Dezember lag die Anpassung des Richtplanes öffentlich auf. Es ist davon auszugehen, dass diese Anpassung mit Beschluss des Regierungsrates anfangs 2009 rechtskräftig wird. Deshalb wurde die Gemeinde aufgefordert, im **Budget 2009** entsprechende Mittel bereitzustellen. Für dieses Jahr sind das **CHF 125´000.** Wie hoch dieser Betrag insgesamt wer-

den wird, wissen wir erst, wenn die oben erwähnte Vereinbarung vorliegt. Was wir aber jetzt schon wissen, ist, dass mit einem Planungsaufwand von über 3 Mio. zu rechnen ist und dass der Kanton einen noch zu bestimmenden Anteil auf die Gemeinde abwälzen wird.

Wie es die Kostenfolge ausdrückt, ist dieses Projekt jetzt keine Sache der Gemeinde mehr. Die Entscheide liegen beim Kanton. Je grösser die Distanz zwischen den Betroffenen und den Entscheidungsträgern ist, desto mehr Raum bietet sich für „politische" Gesichtspunkte und desto weniger fallen sachliche Argumente ins Gewicht. Das vorliegende Projekt ist dafür ein gutes Beispiel. Die Mitwirkung hat deutlich gemacht, dass **Zweifel an der Zweckmässigkeit** des Projektes, was die Entlastung des Brüggli vom individuellen Privatverkehr betrifft, erheblich und berechtigt sind. Der Kanton begnügt sich in seiner Antwort damit, dass eine „Regionale Lösung" (sprich eine theoretische Entlastung des Brüggli von Fahrzeugen aus Hochwald und Gempen) für ihn eine Voraussetzung ist. Der Gemeinderat setzt dem aber nichts entgegen. Fazit: **Das Räderwerk der kantonalen Planung setzt sich in Bewegung, ohne dass grundlegende Fragen geklärt wären.** Es wird zunehmend schwieriger, Einfluss auf die weitere Planung zu nehmen. Ist es richtig, die Planung auf der jetzigen Grundlage unter Kostenpflicht weiter voranzutreiben? Begeben wir uns nicht in die Falle, dass man am Ende ein in Teilen fragwürdiges Projekt realisiert, einfach weil schon zuviel Geld ausgegeben wurde?

Nachtrag zum Bericht über die öffentliche Mitwirkung vom 22. November bis 17. Dezember 2007

Joachim Knauer

Das Mitwirkungsverfahren zum Projekt Anschluss an die H 18 ist abgeschlossen und der Kanton hat dazu Stellung genommen. Im Besonderen wurde darin die Variante Süd als nicht machbar abgelehnt, da die Gemeinde Aesch dieses Projekt vom Anfang der 90er Jahre seinerzeit verworfen hatte. Die Voraussetzungen haben sich aber in der Zwischenzeit völlig verändert, sodass es sinnvoll erscheint, diese Variante nochmals zu prüfen.

Im Bericht des Kantons Solothurn über die öffentliche Mitwirkung vom 1. Juli 2008 erfolgte die Ablehnung der Variante Süd mit der folgenden Begründung:„Die Linienführung wurde von der Gemeinde Aesch als nicht zweckmässig erachtet und an der Gemeindeversammlung abgelehnt".

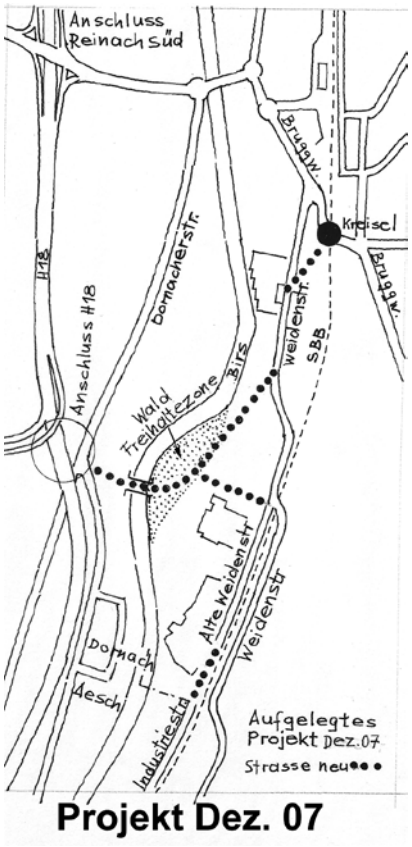
Diese Auskunft ist jedoch irreführend. Hier wird Bezug genommen auf ein früheres Projekt ohne direkten Anschluss an die H 18. Der Lastwagen-Verkehr aus dem Gewerbegebiet Aesch sollte bei diesem früheren Projekt über die Dornacherstrasse zum Anschluss Reinach Süd geleitet werden. Kein Wunder, dass die Anwohner von Neu-Aesch nicht begeistert waren und das Projekt damals ablehnten. Zum besseren Verständnis sollen die beiden Varianten noch einmal kurz beschrieben werden.

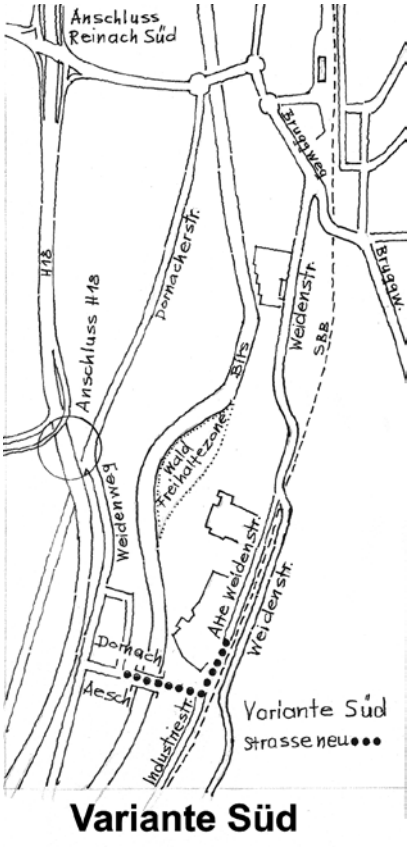
Im Jahr 2007 aufgelegtes Projekt:

Der Verkehr aus Oberdornach, Gempen und Hochwald wird mittels eines Kreisels auf der SBB-Überführung bei der Central-Garage über eine Rampe zur Weidenstrasse und im Bereich der Freihaltezone über eine neue Birsbrücke zur H 18 gleitet. Der Anschluss des Gewerbegebietes von Aesch erfolgt über die alte Weidenstrasse auf dem Gemeindegebiet von Dornach.

Das Projekt beruht auf der Annahme zusätzlichen Verkehrs aufgrund der baulichen Entwicklung in Gempen und Hochwald, obwohl „Wohnen im Grünen" längst kein Trend mehr ist. Es beruht weiter auf der zu bezweifelnden Annahme, dass auch der PW-Verkehr, der fast ausschliesslich Richtung Basel verläuft, über Aesch geleitet werden kann, obwohl heute dank der Kreisel eine relativ zügige Fahrt zum Anschluss Reinach Süd gewährleistet ist. Zudem wollen ja längst nicht alle Verkehrsteilnehmer auf die H 18.

Das Projekt erfordert einen grossen finanziellen Aufwand, bedingt hohen Landverbrauch für zusätzliche Strassen und bewirkt die Zerstörung der erst Anfang der 90er Jahre ausgewiesenen Freihalte- und Waldzone des letzten Dornacher Naturreservats an der Birs.





Variante Süd

Reaktivierung der alten Weidenstrasse, Zusammenschluss mit der Industriestrasse in Aesch, und Weiterführung auf der Gemeindegrenze über die Birs und über die Weidenstrasse / Weidenring zur H 18. Dies bedeutet: Einen möglichst geringen finanziellen Aufwand, kaum Landverbrauch, und keinerlei Beeinträchtigung von Wohnquartieren und Natur.

Es kann ja nicht sein, dass aus politischen Gründen dieser einmalig günstigen Gelegenheit keine Beachtung geschenkt wird.

Es ist zu befürchten, dass die von der Gemeinde aufzubringenden Mittel nicht bewilligt werden und die grosse Frage, wie der Ortskern von Dornachbrugg vom Lastwagenverkehr befreit werden kann, dann wieder offen wäre.

IMPRESSUM:

Infoblatt der Freien Wähler Dornach

Das Infoblatt ist das zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 701 82 53, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Redaktion Info-Blatt
Postfach
4143 Dornach 2

oder mailto:info@fwd-dornach.ch?subject=FWD:Infoblatt_2/2008
Internet: www.fwd-dornach.ch
Redaktion: Irène Hauser, Ursula Kradolfer, Hans Reinacher, Daniel Urech
Fotos: Felix Heiber
Satz/Druck: WBZ, 4153 Reinach

Dezember 2008